



**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)**

Herr Menne

Telefon: (0221) 221-98313
Fax : (0221) 221-98347
E-Mail: dieter.menne@stadt-koeln.de

Datum: 23.11.2018

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 32. Sitzung der
Bezirksvertretung Kalk vom 08.11.2018**

öffentlich

**8.2.5 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
2630/2018**

Bezirksvertreter Schuiszill (CDU-Fraktion) führt aus, dass diese Änderung zwei wesentliche Aspekte beinhaltet:

- eine generelle Gebührenerhöhung für alle Maßnahmen, bei denen es um Nutzungen des öffentlichen Raumes geht,
- ein neues Verfahren, dass die Aufstellung von Werbeträgern u. a. vor Geschäften betrifft.

Seine Fraktion sieht die beiden Punkte sehr kritisch und lehnt diese ab. Eine pauschale Gebührenerhöhung trifft alle und berücksichtigt nicht Vereine, andere Träger oder Gaststätten mit wenig finanziellem Spielraum, die u.a. den öffentlichen Straßenraum nutzen wollen, um beispielsweise Außengastronomie zu betreiben oder Straßenfeste für die Bürger in den Stadtteilen durchzuführen. Deshalb kann und darf aus seiner Sicht die Gebührenerhöhung nur differenziert erfolgen und sollte ebenfalls ehrenamtliche Aspekte berücksichtigen.

Weiterhin nimmt er Bezug auf die kleinen, transportablen Werbeschilder („Kundenstopper“), die heute noch unter gewissen Bedingungen kostenfrei vor den Geschäften aufgestellt werden dürfen. Diese Aufstellung soll zukünftig nur noch mittels Antrag/Genehmigung und mit einer Gebührenpflicht möglich sein und wird deshalb mit einer sehr hohen und zusätzlichen Bürokratie einhergehen. Er kritisiert, dass im Vorfeld zu diesem Thema keine inhaltliche Sachdebatte geführt worden ist. Er hofft, dass diese Vorlage möglichst schnell in der Versenkung verschwindet. Die Verwaltung kann gerne in einem zweiten Anlauf eine inhaltlich bessere Vorlage auf den Weg bringen. Er bittet, die Vorlage heute abzulehnen.

Bezirksvertreter Klein (SPD-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion der Vorlage ebenfalls nicht zustimmen wird. Er ergänzt seinen Vorredner dahingehend, dass es die Ordnungsverwaltung heute schon nicht schafft, erforderliche Kontrollen aufgrund der knappen Personalressourcen zur Zufriedenheit aller durchzuführen. Und solange

diese Situation sich nicht ändert, sollten neue Kontrollaufgaben möglichst nicht hinzukommen.

Bezirksvertreter Bauer-Dahm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) wünscht sich eigentlich, dass die ganzen Kundenstopper verschwinden; insofern begrüßt er die Änderung der Satzung. Seine Fraktion wird dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den Erlass der 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen – Sondernutzungssatzung – vom 13.02.1998 in der dieser Beschlussvorlage als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung des Bezirksvertreters Eierhoff (AfD) abgelehnt.